

ERHARD CROME

PDS. Ansichten einer Krise

Freunde und Anhänger wie Gegner der PDS konstatieren derzeit deren existentielle Krise. Lothar Bisky soll es wieder richten. Die »Jungle World« bemüht einmal mehr Marxens alten Satz, daß sich historische Abläufe zweimal ereigneten, zuerst als Tragödie, dann als Farce. Das jetzt sei die Farce. Derweil meint die »Junge Welt«, die PDS habe mit demokratischem Sozialismus »nicht das geringste zu tun«, sondern sei lediglich »ostdeutsche Regionalpartei«.

Die Krise ist offenkundig, ernst und tiefgehend. Es ist eine Krise der Programmatik, der Strategie und des taktischen Handelns. Doch derlei Verkürzungen werden der Sache nicht gerecht. Das Konzept eines »demokratischen Sozialismus« in Deutschland war von Anfang an ein zartes Pflänzlein, historisch Unerhörtes. Die anderen Parteien wollten dies von Anfang an nicht, und die »richtig Linken«, die lieber die reine Sekte wollen und sich kaum um demokratische Mehrheiten scheren, auch nicht. Der Spagat, in Ostdeutschland Volkspartei sein zu wollen und in ganz Deutschland linkssozialistische Partei, war von Anfang an schwierig und kaum zu leisten. Kommt »das Projekt« PDS nun zu einem Ende? Ich will im folgenden in vier Schritten Gründe benennen, die dagegen sprechen.

Erhard Crome – Jg. 1951;
Dr. rer. pol. habil., Leiter
des Bereichs Ausland der
Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Mitglied der Redaktion
»Berliner Debatte INITIAL«,
zuletzt in UTOPIE kreativ:
»Sozialismus als Politik«,
Heft 139 (Mai 2002)

Noch einmal über die Bundestagswahl 2002

Es war fein ausgedacht, das Wahlkonzept der PDS im Hinblick auf die Bundestagswahl des vergangenen Jahres. Gregor Gysi als Wirtschaftssenator und Bürgermeister von Berlin: der lebendige Beweis für die Fähigkeit der PDS, ernsthaft Politik zu machen in diesem Deutschland. Plötzlich war er abhanden gekommen, wegen Miles and More. Tatsächlich deshalb? Oder hatte er nur keine Lust zu langweiliger Verwaltungsarbeit, wie ein Teil der bürgerlichen Presse währte? Und wenn doch, warum hat er die Bild/FDP-Intrige nicht ausgesessen? Wer hat eigentlich seine Abrechnung gemacht? (Das wird er ja wohl nicht selbst gemacht haben.) Und war nicht eigentlich die Gattin geflogen? War das ein Grund, so zu verschwinden?

Nach den Befunden der Stimmungs-Institute war bereits im Sommer bei der PDS der Anteil der Unentschlossenen und tendenziell abstinenten Stammwähler am höchsten, bei der CDU am niedrigsten – die wollten endlich wieder ran! – und bei SPD/Grün dazwischen. Das Wahlergebnis des 22. September war vor allem auch ein Mobilisierungsergebnis. Das hätte man aber schon früher wissen können, wenn man nur das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt rechtzeitig und selbstkritisch analysiert hätte.

Die gleiche Großpresse meinte, die Zurückhaltung der PDS-Wähler hätte mit dem Gysi-Rücktritt zusammengehangen, sie hätten diesen als »Verrat« empfunden. Vielleicht war ja auch alles ganz anders. Beratungsresistente Großpolitiker setzten auf die etatistische Karte und verlangten zugleich von der eigenen Klientel, doch »Vertrauen« zu haben. Für frühere Besucher preiswerter öffentlicher Bäder in Berlin, die bereits im Sommer vergangenen Jahres geschlossen waren, klang das wie Hohn. Wenn schon keine Verteilungsspielräume waren, wegen der CDU-bewirkten Ausschlichtung des Berliner Steueraufkommens per Bankgesellschaft, warum nicht wenigstens ein anderer Stil? In Brasilien, in Porto Alegre, war vor einiger Zeit der »Partizipative Haushalt« erfunden worden, die öffentliche Debatte der gewählten Volksvertreter mit den Bürgern über die Prioritäten bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Das ist in Berlin nicht gemacht worden. Statt dessen hinter verschlossenen Türen die Streichungsrunden und die Risiko-Absicherung der Bankgesellschaft, die nicht ernsthaft begründet werden konnte. So erschien manchem gesellschaftskritischen Wähler die PDS in Berlin als Transmissionsriemen der neoliberalen Strategie. Alternativen sind ja nicht kommuniziert worden. Oder, wie es jetzt bei der Gründung eines Berliner Sozialforums hieß: alle Parteien der offiziellen Linken (im Bund und im Land Berlin) sind auf neo-liberalen Kurs eingeschwenkt.

Aus dem herrlichen Plan, aus dem exorbitanten Wahlergebnis für die PDS zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin eine Steilvorlage für die Bundestagswahl zu machen, ist nichts geworden. Und was geschah dann? Etliche Akteure der PDS, die seit 1990 schier Unmögliches vollbracht hatten, um »demokratischen Sozialismus« wahl- und politikfähig zu machen, hantierten hilflos herum, verfolgten das vorherige Konzept und zeigten sich unfähig, sich auf die veränderte Lage einzustellen. Zwei weitere handwerkliche Fehler kamen hinzu. Der Offene Brief an den lieben Oskar Lafontaine mit der Einladung, enger zusammenzuarbeiten, war der eine, die Aussage in bezug auf ein knappes Wahlergebnis – angesichts der Polarisierung Schröder-Stoiber – es werde nicht an der PDS liegen, der andere. Beide hatten jeweils zur Folge, potentielle PDS-Wähler abzuschrecken und lieber doch gleich Gerhard Schröder zu wählen.

Nach der Wahl verschärfte sich der Streit zwischen den politischen Akteuren innerhalb der PDS. Der Geraer Parteitag war die Folge. Die einen verschwanden, andere absantierten sich. Gegenseitig wurden Etiketten aufgeklebt: hie »Reformer«, dort »Linke«, nur die Konturen waren nicht so recht deutlich. Eine ernsthafte Analyse der Wahlschlappe erfolgte nicht, neue Politikansätze wurden nicht sichtbar. Statt dessen beschäftigte sich der Parteivorstand mit Einträgen in Wachbüchern und fingierten notariellen Erklärungen. Die eine Fraktion von Grabenkämpfern war durch eine andere ersetzt worden. So aber ist keine Politik zu machen.

Eine politikwissenschaftliche Perspektive

Geht man davon aus, daß es sich bei politischen Systemen um Koalitionen zwischen bestimmten politischen Eliten, die Parteien gebildet haben und diese prägen, und bestimmten Wählersegmenten handelt¹,

1 Vgl. Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992, S.19-29.

dann sind die Konstituierung, die Gestaltungen und die ›Lebenswege‹ von Parteien in einem politischen Feld durchaus als ein historisch offener Prozeß zu verstehen. Parteien drängen erfahrungsgemäß dazu, ein politisches Lager zu monopolisieren, um von daher ihre politische Position in der Gesellschaft insgesamt auf- und auszubauen – auch deshalb vor 1933 der Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten oder zwischen Hitler und Hugenberg; nach 1945 beispielsweise zwischen der CSU und der Bayernpartei um den Platz der bayerischen Regionalpartei. Das bedeutet jedoch nicht, daß am Ende stets nur eine Partei je politisches Lager verbleibt und das Feld beherrscht.

In seiner historisch-politischen Analyse spricht Karl Rohe von »Schwellenzeiten, in denen sich ein Parteiensystem gesellschaftlich breiter auskristallisiert«. Konkret schreibt er hier über die Situation in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts; im weiteren Sinne ist jedoch genau dieser Ansatz auf die Transformationsgesellschaften postkommunistischen Typs anwendbar, darunter auf den Osten Deutschlands. Es bildet sich ein neues Parteiensystem aus; neue politische Eliten suchen bei möglichst breiten Wählerschichten, die ihrerseits erst durch die historischen Umbrüche zu Wählern wurden, Unterstützung, um so Einfluß auf die politische Gestaltung unter der Voraussetzung der Demokratie zu nehmen. Rohe verfremdet einen Marx'schen Ansatz und nennt dies eine »ursprüngliche politische Akkumulation«: »Politische Eliten sind ... so etwas wie politische Unternehmer mit Eigeninteressen, die – aus welchen Gründen und zu welchen Zwecken auch immer – um politische Macht und Einfluß kämpfen und dafür um politische Unterstützung in der Gesellschaft nachsuchen.« Wahlen dienen der Bekräftigung solcherlei Unterstützung bzw. dem Bekunden einer Ablehnung. Daher gilt: »Parteiensysteme und damit die Beziehungen zwischen Wählern und politischen Eliten bedürfen der ständigen Pflege und symbolischen Erneuerung, wenn sie nicht erodieren sollen. Umgekehrt heißt das: Der Wandel von Parteiensystemen kann seine Ursache nicht nur darin haben, daß ihre gesellschaftliche Basis gleichsam ›weggerutscht‹ ist, sondern auch darin, daß politische Eliten es bewußt oder unbewußt versäumt haben, die ›politische Koalition‹ mit bestimmten Wählersegmenten stets aufs Neue symbolisch zu erneuern.«²

2 Ebenda, S. 25/26.

Die PDS hat seit 1990 offenbar ihre eigene Symbolik zu vermitteln verstanden, auch unter Nutzung der »Fehlstellen« in der Präsentation der anderen Parteien. Allerdings darf hier der Platz programmatischer Bekundungen nicht überbewertet werden. Nochmals Rohe: »Wähler müssen sich in den Signalen und Zeichen, die eine Partei aussendet, mit ihren Interessen ›wiederfinden‹ können. Das ist nicht einfach eine Frage von Parteiprogrammen, die ohnehin mehr der Integration der Mitglieder als der Wähler dienen, sondern eine Frage des wahrgenommenen Parteicharakters, der eine komplexe Größe darstellt und aus einer Vielzahl von realen und symbolischen ›Politiken‹ gebildet wird. Dafür ist freilich nicht unterschiedslos jede konkrete Politik, die eine Partei aufgreift, in gleicher Weise bedeutsam. Wichtig sind vor allem jene ›Politiken‹ und ›issues‹, die den Nexus berühren, um derentwillen die ›politische Koalition‹ einst

eingegangen wurde, und das sind, bezogen auf die Stammwählerschaft, stets Politikinhalte mit einer kulturellen Dimension. Entscheidend ist deshalb die vor allem durch Führungspersonal und Politiker vermittelte Fähigkeit einer Partei, ihrer Kernklientel wenigstens von Zeit zu Zeit deutlich zu machen, wofür sie grundsätzlich steht.«³ Dies ist der PDS, jenseits ihrer bisherigen programmatischen Unausgewogenheiten, offenbar seit 1990 um so deutlicher gelungen, je stärker die Anfeindungen seitens anderer Parteien oder deren Führungsgruppen ausfielen.

3 Ebenda, S. 27.

Umgekehrt heißt dies: Es ist ihr seit etwa zwei Jahren nicht mehr in vergleichbarer Weise gelungen. Dafür scheint es mehrere Gründe zu geben. Da sind zunächst die Unterstellungen der selbsternannten »Linken«, die »Reformer« würden die ganze Partei dominieren wollen. Umgekehrt geistert seit längerem der Satz von selbsternannter Reformer-Seite durch die Lande, die Partei solle für etliche »unerträglich« gemacht werden. Für wen denn eigentlich, und warum? Der Streit als solcher führte zu Verunsicherungen in der Mitgliedschaft und hat so zur Folge, daß die symbolische Vergewisserung gerade nicht stattgefunden hat. Hinzu kommt: Die verschiedenen »Entschuldigungen« für unterschiedliche Kapitel der DDR- und SED-Geschichte wurden nicht ausreichend in den Gremien der Partei und der Mitgliedschaft kommuniziert. Wenn die »gelebten Biographien« aus der DDR Teil des Selbstverständnisses der PDS gewesen sein sollten, waren diese Vorgänge kontraproduktiv. Zugleich war die PDS stets bestrebt, ihr Profil als Partei des Friedens zu schärfen. Das hat sie inhaltlich vermocht. Nachdem Winfried Wolf und andere Abgeordnete im Bundestag gegen die Kriegspolitik von George W. Bush symbolisch protestierten, entschuldigte sich allerdings der Fraktionsvorsitzende Roland Claus anschließend bei dem Obersten Kriegsherrn für diese Geste. Was bedeutete nun dies für die »gelebten Biographien« von linken Oppositionellen in der Alt-BRD? Und in welches Licht setzte sich der Fraktionsvorsitzende?

In beiden Richtungen haben es die damals politisch Verantwortlichen der PDS versäumt, der eigenen Anhängerschaft zu vermitteln, wofür sie politisch stehen. Und die Signale, die sie aussandten, waren widersprüchlich. Das »Projekt« demokratischer Sozialismus ist derzeit weder programmatisch noch politisch-konzeptionell deutlich genug konturiert, um als solches politisch wirksam zu werden, und es ist das Personal nicht sichtbar, das mit Kompetenz und Ausstrahlungskraft für die Umsetzung einer solchen Politik stehen könnte. Und die Lösung dieses Problems ist gerade nicht die Fortsetzung des überkommenen Streits zwischen »Linken« und »Reformern«.

Die derzeitige Lage in der Gesellschaft

Das, was gegenwärtig als »Globalisierung« stattfindet, ist in der Tat Klassenkampf von oben. Die auf Marx zurückgehende kommunistische Bewegung zielte auf die Errichtung einer anderen Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch produziert und die soziale Frage löst. Verstärkt durch das Elend und die Verbrechen, die die alten herrschenden Klassen im Ersten und Zweiten Weltkrieg begangen hatten,

4 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002, S. 18.

gelang es den Kommunistischen Parteien in einer Reihe europäischer Länder ab 1917 bzw. 1944, die Macht zu übernehmen und eine solche Gesellschaft zu proklamieren. Sie vermochten es jedoch nicht, aus der Logik des kapitalistischen Weltsystems auszutreten.⁴ Ihre Macht im Innern konnte nicht demokratisch legitimiert werden, so daß ihre Herrschaft von eigenen Verbrechen geprägt blieb. Statt daß eine ausbeutungsfreie Gesellschaft entstand, hatte sich mit der Partei-Nomenklatura eine neue herrschende Klasse ausgebildet. Nach außen verloren die staatssozialistischen Länder den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen, dessen Bedingungen durch das bewußt herbeigeführte Wettrüsten für den Osten zusätzlich erschwert worden waren. Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre verzichtete die kommunistische Nomenklatura in den osteuropäischen staatssozialistischen Ländern auf weitere staatssozialistische Versuche, übergab die Macht gewählten Regierungen und versuchte vielerorts selbst, am erfolgreichsten wohl in Rußland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, »Bourgeois«, d. h. Kapital-eigentümer zu werden.

Dieser weltgeschichtliche Vorgang hatte zwei weitreichende Folgen. Die eine war, daß im Sinne der neoliberalen Ideologie und Politik alle Zugeständnisse, die aus Furcht vor weiteren kommunistischen Versuchen sowie im Gefolge von Kompromissen zwischen den Unternehmern und den starken Organisationen der Arbeiterschaft in Westeuropa und z. T. darüber hinaus gemacht wurden, rückgängig gemacht werden sollen: Abbau sozialer Rechte der Arbeiter und anderen abhängig Beschäftigten und sozialer Sicherungssysteme, Senkung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu Einkommen aus Aktienbesitz bzw. kapitalistischem Eigentum überhaupt, Demontage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierung von deren Einrichtungen – all dies ist zielstrebig auf die Tagesordnung gesetzt und betrieben worden.

Zum Kapitalismus gehört, »daß viele Vorgänge, die vorher anders als über einen Markt gesteuert wurden, den Charakter von Waren erhielten – nicht nur Tauschgeschäfte, sondern auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Seit dies einmal angefangen hat, versuchen Kapitalisten, in dem Bestreben, mehr und mehr Kapital zu akkumulieren, immer mehr soziale Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens zur Ware zu machen. Und da Kapitalismus ein Prozeß ist, der sich nur nach eigenen Bedürfnissen richtet, ergibt sich, daß kein sozialer Vorgang von einer möglichen Vereinnahmung wirklich ausgeschlossen ist.« Die historische Entwicklung des Kapitalismus beinhaltet den Drang, »alle Dinge in Waren zu verwandeln«.⁵ Dieser Drang hat nach dem Ende des Staatssozialismus einen wesentlichen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals kommunistischen Staaten stehen ihm offen, alle Regionen der Welt und auch die inneren Winkel der Gesellschaften sehen sich ihm gegenüber.

Hier ordnen sich die neoliberalen Planungen ein, nach dem Scheitern des Internationalen Investitionsschutzabkommens (MAI) über die Welthandelsorganisation (WTO) das sogenannte GATS-Abkommen (Handel mit öffentlichen Dienstleistungen) unter Dach und Fach zu bringen. Immer rascher sind auch in Europa die Politiker dabei, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Elektrizitäts-

5 Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986, S. 11.

werke, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und vor allem die Trinkwasserversorgung zu verkaufen. Das GATS-Abkommen soll bis 2005 weltweit bindend Gültigkeit erlangen. Die Unterschrift eines Landes unter dieses Abkommen würde den Ausverkauf öffentlicher Güter dauerhaft festschreiben. Wesentliche Lebensbereiche, Schule, Gesundheit, Sozialeinrichtungen wären von Profitmaximierung allein bestimmt. Auch die EU-Kommission ist derzeit dabei, der WTO ihr »Angebot« zu den Privatisierungen in diesen Bereichen zu machen. All dies geschieht hinter verschlossenen Türen.

Die andere weitreichende Folge ist, daß die USA die einzig verbliebene Supermacht sind. Das militärische Potential der USA ist weder quantitativ noch qualitativ einzuholen. Gestützt darauf, wurde Krieg wieder zu einem »normalen« Mittel der Politik gemacht. In gewissem Sinne war der Jugoslawien-Krieg 1999 der erste Krieg, Unbotmäßigkeit zu bestrafen, ein Land dem erwähnten »Drang« des internationalen Kapitals zu öffnen und sich dafür über das geltende Völkerrecht hinwegzusetzen. Der geopolitische Neuordnungskrieg zur Okkupation des Irak ist dies in ungleich erweitertem Maßstab.

Unter diesen Umständen sind die Fragen nach Mitregieren und Opposition, Möglichkeiten linker Politik und deren Umsetzung international neu gestellt. Die Debatten, die dazu innerhalb der PDS geführt werden, sind in keiner Weise einzigartig und neu. Es gilt allerdings, diese Fragen so zu beantworten, daß eigene Politikfähigkeit erhalten bzw. geschaffen wird. Mit der »Agenda 2010« der derzeitigen Sozialdemokratie wird die Kapitulation vor den Zumutungen der neoliberalen »Globalisierung« zum Programm erhoben. Damit wird gleichsam objektiv der Raum »links von der Sozialdemokratie« größer. Es wächst das Bedürfnis nach Opposition zu dieser Politik. Dies wird von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen erneut und deutlich artikuliert und will sich Eingang in den politischen Raum verschaffen. Das Problem allerdings ist, daß die realexistierende PDS diesen Raum derzeit nicht zu füllen vermag, in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit der Träger dieses Bedürfnisses nicht sein kann. Hier geht es in keiner Weise um irgendeine Form früheren Avantgardismus, sondern darum, wie eine politische Partei gesellschaftliche Problemlagen aufgreifen und in Politik umsetzen kann. Die Zeit aber ruft nach einer linken Oppositionskraft, politisch und konzeptionell auf der Höhe der heutigen globalisierungskritischen Bewegung.

Partei als Organismus

Parteien sind eigene soziale Organismen. Darauf hat in jüngerer Zeit besonders der Parteienforscher Elmar Wiesendahl verwiesen. Sein Ansatz ist es, die Eigenheiten einer Partei nicht nur oder nicht in erster Linie aus ihren erklärten Zielen abzuleiten, sondern sie als eigentümlichen sozialen Organismus anzusehen. Sein Herangehen beschreibt er wie folgt: »Parteien stellen sich in der Organisationsperspektive als organisierte Handlungsgebilde oder auch kollektive Akteure dar, deren Binnenaktivitäten und Interaktionen mit der Außenwelt erforscht und mit Umwelt- und Strukturverhältnissen in Beziehung gesetzt werden.«⁶ Er sieht die Massenpartei als Moment der Massengesellschaft. Es gelingt der Massenpartei zunächst, »die

6 Elmar Wiesendahl: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen/ Wiesbaden 1998, S. 21.

Humanressourcen von Heerscharen freiwilliger Gefolgsleute organisatorisch so zu bündeln, daß sie als effektive kollektive Waffe in der politischen Auseinandersetzung um die Wählermobilisierung genutzt werden können.«⁷

7 Ebenda, S. 33.

Gerade deshalb aber hält er die Betrachtungsweise der klassischen Parteienforschung für falsch, nach der die Massenpartei als Organisationsgebilde »einen zielgewissen, einheitlich handelnden kollektiven Akteur« verkörpere und die Organisationsstruktur lediglich »als Funktion, als abhängige Variable eines Zwecks« erscheine.⁸ In der gängigen modernen Parteienforschung komme »der Akteursbezug zu kurz, indem von der Tatsache abstrahiert wird, daß Parteien, bei allem, was sie darstellen und tun, aus Menschenhand hervorgehen und durch Menschen, die sich als Freiwillige in ihnen engagieren, aufrechterhalten, weiterentwickelt und verändert werden«. Künftige Theoriearbeit müsse sich »vom Primat des Zwecks oder der Umwelt als Erklärungsgrundlage der Organisationswirklichkeit lösen. Gefragt ist dagegen ein ganzheitliches Sinnkonstrukt von Partei, das den strukturellen Eigensinn von Organisationen wiederentdeckt und Umwelt als Erwartungs- und Ressourcenkontext einbezieht, der zwar in Parteien hineinwirkt, aber gleichzeitig auch umgekehrt von Parteien penetriert wird. Dabei ist auch das »Unternehmerische« von Parteien neu zu überdenken. Überhaupt muß den Wahlfreiheitsspielräumen und Selbststeuerungsmöglichkeiten von in Parteien handelnden Akteuren in Abgrenzung zum Zweck- und Systemdeterminismus bisheriger Parteienforschung weitaus größere Bedeutung beigemessen werden.«⁹

8 Ebenda, S. 42, 44.

9 Ebenda, S. 90, 93.

Dieser allgemeine Befund mahnt im Hinblick auf die derzeitigen Auseinandersetzungen in der PDS um Programm-, Politik- und Organisationsfragen: Sie muß sich als Organisation immer wieder selbst erfinden, um den Mitgliedern Heimat zu geben, aber deutlicher, effektiver und nachhaltiger in die Gesellschaft wirken, will sie über Wählereinfluß verfügen, um in bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse etwas zu bewegen. Als Partei hat sie auf die Dauer nur dann eine Chance, wenn sie für die Gesellschaft da ist, in ihr und für sie eben eine »dienende« Rolle spielt.

Aus westlinker Perspektive wird berichtet, daß die PDS mit ihren »Linken Listen« Anfang der 1990er Jahre eine große Überraschung war. Die vielen linkssektiererischen Glaubenskämpfe um die reine Lehre schienen der Vergangenheit anzugehören. Diese Partei schien eine große Breite linker Herangehensweisen aushalten zu wollen und zu können. Sie erschien als eine plurale Zusammenführung unterschiedlicher Traditionen, Erfahrungen und Ansätze. Das begann Mitte der 1990er Jahre aufzuhören. Die Glaubenskämpfe kehrten als Richtungskämpfe zurück. Die Auseinandersetzungen um Listenplätze nahmen zu. Die Buntheit schwand.

Wahrscheinlich kann eine wirkungsstarke linke Kraft am Beginn des 21. Jahrhunderts nur plural sein und vielgestaltig. Wenn das durch diejenigen, die das Bedürfnis nach neuer Politik Realität werden lassen wollen, umgesetzt wird, konstituiert sich die Linke neu. Vielleicht kann auch die PDS hier ihre Rolle spielen. Vielleicht sendet der Sonderparteitag jene Signale aus, die dafür erforderlich sind.